



BKA-Ermittler in Düsseldorf



BKA-Präsident Jörg Ziercke (r.)



Wohnhaus des Verdächtigen Jamil S.

INNERE SICHERHEIT

Hoch konspiratives Verhalten

Die Festnahme von drei mutmaßlichen Qaida-Mitgliedern in Nordrhein-Westfalen ist das Ergebnis monatelanger Ermittlungen, an denen neben den deutschen Behörden auch die CIA und der marokkanische Geheimdienst beteiligt waren. Die intern „Düsseldorfer Zelle“ genannte Gruppe um den marokkanischstämmigen Abdeladim K. hatte Chemikalien wie Aceton sowie Grillanzünder beschafft, die sich für den Bau eines Sprengsatzes eignen. Nachdem K. Mitte voriger Woche mit dem ebenfalls festgenommenen Jamil S. über einen „Test“ gesprochen hatte, griffen die Ermittler zu – zumal die Chemikalien in einem Mehrfamilienhaus deponiert waren. Die beiden planten offenbar einen Probelauf. Die Gruppe war im Herbst 2010 ins Blickfeld der Ermittler geraten, nachdem der in Afghanistan festgenommene Hamburger Terrorverdächtige Ahmad Sidiqi und ein weiterer deutscher Informant über mehrere angebliche Terrorzellen ausgesagt hatten. Diese Zellen würden Anschläge in Deutschland vorbereiten. Daraufhin hatte der damalige Innenminister Thomas de Mai-

zière (CDU) die Öffentlichkeit informiert. Bei der Fahndung stießen die Ermittler auf K.; auf seinem Computer installierte das BKA einen Trojaner für eine Online-Durchsuchung sowie Software für eine Telekommunikationsüberwachung. Die Polizei erfuhr so von K.s regem Kontakt mit einem hochrangigen Funktionär der Qaida im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet. Als er beim Kauf eines Lötkolbens beobachtet wurde, fürchteten die Ermittler, dass sich Anschlagsvorbereitungen konkretisieren könnten. Doch zur Jahreswende reiste K. nach Marokko und kehrte erst im März zurück. Die von den marokkanischen Behörden informierten deutschen Ermittler beobachteten ihn seither rund um die Uhr, dabei habe er sich „hoch konspirativ“ verhalten, heißt es in Ermittlerkreisen. So habe die Kommunikation zwischen den drei Verdächtigen verschlüsselt über Callshops und USB-Sticks stattgefunden. Der Hauptverdächtige hatte vor einigen Jahren in Deutschland studiert, war aber exmatrikuliert worden und hatte das Land verlassen müssen. Später war er illegal wieder eingereist.

AFFÄREN

Guttenberg spricht von „Missverständnis“

Ex-Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg wehrt sich weiterhin gegen den Vorwurf, er habe in seiner Dissertation vorsätzlich getäuscht. In einer knapp dreiseitigen Stellungnahme an die Prüfungskommission der Universität Bayreuth, die am vergangenen Dienstag kurz vor Ende der Frist per Fax eingegangen war, spricht er von einem „Missver-

ständnis“. Die Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages habe er nur für seine Abgeordnetentätigkeit verwendet. Sie seien überwiegend in den Jahren 2003 und 2004 entstanden, die Dissertation habe er 2006 abgegeben. Aus dieser „zeitlichen Abfolge“ lasse sich jedoch nicht auf ein „vorsätzliches wissenschaftliches Fehlverhalten“ schließen. Guttenberg erinnert daran, dass das Prüfverfahren der Kommission „vertraulich“ sei. Er bittet darum, darauf hinzu-

weisen, dass er der Veröffentlichung des Ergebnisses zugestimmt habe. Die Kommission hatte Guttenberg Anfang April die Möglichkeit gegeben, erneut Stellung zu nehmen, unter anderem zu den Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste, die er in seiner Dissertation verwendet hatte. Aus der Kommission hieß es nach der Lektüre seiner relativ kurzen Erklärung, dass die Einlassung des Ex-Ministers wohl nichts am Ergebnis ihrer Prüfung ändern werde.



Guttenberg